

Unverkäufliche Leseprobe



Gabriele Krone-Schmalz
Eiszeit

Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist

2017. 304 S.: mit 5 Karten. Klappenbroschur
ISBN 978-3-406-71412-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/0822>

C·H·Beck

PAPERBACK

Gabriele Krone-Schmalz

EISZEIT

Wie Russland dämonisiert
wird und warum das so
gefährlich ist

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck, München 2017

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Umschlagabbildungen: Autorin: © dpa Picture-Alliance/

Karlheinz Schindler; Hintergrundbild: © shutterstock

Umschlagentwurf: Geviert, Grafik und Typografie, Andrea Janas

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 71412 2

www.cbbeck.de

Inhalt

Vorwort	7
Russlands Rückkehr	12
Der Showdown	73
Gut und Böse	128
Wer bedroht wen?	168
«Wandel durch Annäherung»	225
Selber Denken	258
Dank	265
Anmerkungen	266
Karten	299

*«Wer so tut, als bringe er die Menschen
zum Nachdenken, den lieben sie. Wer sie wirklich
zum Nachdenken bringt, den hassen sie.»
(Aldous Huxley)*

Vorwort

Wissen Sie noch, wie es in den Hochzeiten des Kalten Krieges war? Der böse Russe lauerte überall, während der gute Westen seine Werte verteidigte. «Gut» und «Böse» waren sauber verteilt, Orientierung kein Problem. Wer eine antisowjetische Politik betrieb, zählte zu den «Guten», auch wenn er Pinochet, Suharto oder Reza Schah Pahlevi hieß. Wer westlichen Interessen in die Quere kam, steckte gewiss mit Moskau unter einer Decke und gehörte beseitigt, wie Allende in Chile, Lumumba im Kongo, Mossadegh im Iran, Sukarno in Indonesien oder Nasser in Ägypten. Der Kalte Krieg war eine Zeit zynischer geostrategischer Interessenpolitik – auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Und nicht selten verstellten die klaren Feindbilder den Blick auf die Realität. Mehrfach stand die Welt am Rande eines Atomkrieges. Die Kontrahenten belauerten sich, rätselten über die Absichten des Gegners und lagen oft spektakulär daneben. Geglaubt wurde dem, der die düstersten Annahmen traf, alles andere galt als naiv.

Ein Vierteljahrhundert später wurde es komplizierter: Entspannungspolitik, Abrüstung, Gorbatschows Perestroika, die deutsche Wiedervereinigung, das Ende der Ost-West-Konfrontation. Für einen kurzen Moment schien es möglich, gemeinsam statt gegeneinander über die Gestaltung der Zukunft nachzudenken, unterschiedliche Erfahrungen in die Waagschale zu werfen und zu überlegen, wie man Völkerverständigung – immerhin eines der erklärten Ziele deutscher Außenpolitik – konkret umsetzen

8 Vorwort

könnte: Jeder sollte sich sicher fühlen, allen sollte es besser gehen und strittige globale Fragen auf der Grundlage des entstandenen Vertrauens zwischen Ost und West behandelt werden. Was für eine Chance! Genau zu dieser Zeit habe ich in Moskau gelebt. Wie groß waren die Hoffnungen, wie stark war die Begeisterung und wie stabil die Motivation, gemeinsam an einer besseren Welt zu bauen. Wieder ein Vierteljahrhundert später ist nichts mehr davon übrig. Die NATO, die sich seit Ende der 1980er Jahre weder aufgelöst noch umgestaltet hat, sieht in Russland inzwischen erneut eine Bedrohung. Russland hat im Westen wieder die Rolle eingenommen, auf die früher die Sowjetunion abonniert war: die des ewigen Schurken.

Wie kommt es, dass kaum ein Tag vergeht, ohne dass die neuesten russischen Untaten angeprangert werden? Der russische Präsident Wladimir Putin erscheint in Politik und Medien geradezu als Inkarnation des Bösen, dem man auf keinen Fall trauen kann und der nichts Gutes im Schilde führt, selbst wenn er mit Blick auf internationale Krisenherde konstruktive Vorschläge macht, im Kampf gegen Terrorismus Zusammenarbeit anbietet oder alte Kontakte aus sowjetischen Zeiten nutzt, um Gesprächspartner an einen Verhandlungstisch zu bekommen, an dem sie auf Einladung des Westens gar nicht erschienen wären. Sicher: Es gibt viel zu kritisieren an Putins Politik. Aber ist er wirklich der omnipotente Bösewicht, wie ihn sich Ian Fleming, der Erfinder von James Bond, nicht besser hätte ausdenken können? Oder gibt es andere Gründe für das negative Russlandbild, das uns gegenwärtig auf allen Kanälen vermittelt wird? Geostrategische Interessenkonflikte vielleicht? Oder die Sehnsucht nach einem klaren Feindbild, das eine unübersichtliche Welt überschaubarer werden lässt und der NATO wieder eindeutige Aufgaben verschafft?

Moskau, so heißt es, sei eine Bedrohung – für den Zusammenhalt der EU, für den Frieden in der Welt und ganz konkret für die Sicherheit der osteuropäischen Staaten. Deswegen müsse der Westen Stärke zeigen, müssten Manöver abgehalten und NATO-

Truppen in die baltischen Staaten und nach Polen verlegt werden. Alles andere würde Putin nur ermutigen, seine aggressive Expansionspolitik fortzusetzen, so wie die Appeasement-Politik der 1930er Jahre Hitler nur darin bestärkt habe, dass Vertragsbruch und Gewalt erfolgsversprechend seien. Doch welche Belege gibt es eigentlich dafür, dass der Kreml danach strebt, sich die baltischen Staaten einzuverleiben? Wäre das überhaupt in seinem strategischen Interesse? Woher weiß man, dass Putins Ziele expansiv sind und er den alten Einflussbereich der Sowjetunion wiederherstellen will? Könnten sie nicht auch defensiv sein angesichts einer immer mehr geschrumpften Einflusszone in den letzten Jahrzehnten? Wer agiert, wer reagiert? Und ist Putin der unberechenbare Draufgänger, als der er manchmal dargestellt wird? Oder nicht doch ein rational und strategisch geschickt agierender Machtpolitiker, der damit letztendlich berechenbar ist?

Wer früher im Westen über die Motive und Absichten der sowjetischen Führung spekulierte, den nannte man einen Kremlastrologen – auch weil die Voraussagen über die Ziele Moskaus nicht selten denselben Realitätsgehalt hatten wie Horoskope. In ähnlicher Weise wird heute über die Absichten Putins spekuliert, wobei auf die größte Zustimmung rechnen kann, wer die schlimmste Prognose stellt – doch auf welcher Grundlage eigentlich?

Müsste nicht über diese zentralen Fragen offen gestritten werden? Immerhin hängt von der Antwort ab, welche Politik wir gegenüber Russland in Zukunft verfolgen sollen. Doch diejenigen, die nicht in das «Kreuziget ihn» einstimmen, werden der Propaganda bezichtigt, als «Trolle» oder Verbreiter von «Fake News» und «Verschwörungstheorien» diffamiert, vom Kreml angeblich auf die eine oder andere Weise bezahlt oder ob ihrer bedauerlichen Naivität belächelt. Eine faire Auseinandersetzung über unterschiedliche Perspektiven kann unter diesen Bedingungen kaum noch stattfinden. Für eine Demokratie, die eine lebendige Debatte ihrer Bürger braucht, ist es fatal, wenn jemand, der auch

die russische Perspektive zu beleuchten versucht, in den Verdacht gerät, «im Auftrag» zu handeln oder bestenfalls ein nützlicher Idiot einer Propagandamaschinerie zu sein, die er nicht durchschaut.

Wegen dieser vergifteten Grundstimmung habe ich das vorliegende Buch etwas anders gestaltet als meine bisherigen Bücher. In «Eiszeit» mute ich Ihnen viele Details und einen umfangreichen Anmerkungsapparat zu. Die «leichte Lesbarkeit», die Sie von meinen Büchern gewohnt sind, wird an der einen oder anderen Stelle, an der es gilt, komplizierte Zusammenhänge durchschaubar zu machen, möglicherweise nicht ganz so leicht sein. Ich will nicht ausschließen, dass «Arbeit» und «Lesefreude» – soweit das behandelte Thema Freude zulässt – sich bei der Lektüre ein wenig anders verteilen als bisher, aber da das Anliegen des Buches so wichtig ist, möchte ich es den «Hardlinern», die keine andere Position als die eigene zulassen, so schwer wie möglich machen.

Was lässt die Befürworter einer militärischen und politischen Eindämmung Putins so sicher sein, dass ihre Deutung der Realität entspricht? Ist ihre Haltung wirklich so alternativlos, dass es sich nicht zu streiten lohnt? Ist Russland unser Feind? Und wenn ja, warum? Ist eine konfrontative Politik richtig, weil sie dem Mainstream entspricht? Weil eine Mehrheit der Eliten sie vertritt? Bis kurz vor der Finanzkrise von 2008 lautete ein breiter Elitenkonsens, dass eine Deregulierung der Finanzmärkte «alternativlos», durch die Globalisierung erzwungen und überdies zum Wohle der Wirtschaft sei. Heute sagt das niemand mehr.

Von dem britischen Philosophen John Stuart Mill stammt der Satz: «Da keiner die Wahrheit besitzt, ist es gut, um die Wahrheit zu streiten.» Demokratische westliche Gesellschaften rühmen sich, genau das tun zu können und auch zu tun. Unsere Verfassung garantiert uns Presse- und Meinungsfreiheit. Pluralismus gilt als Wert. Wir sollten uns auch im alltäglichen Streit daran orientieren. Nicht jeder, der vom Mainstream abweicht, ist ein «Populist» oder ein Einflussagent fremder Mächte. Man kann

auch ganz von alleine zu einer anderen Meinung kommen. Sicher, es gibt Fakten, über die sich nicht streiten lässt. Was etwa in Verträgen steht, kann man schwarz auf weiß nachlesen. Aber um auf Fragen wie: Was will Putin? Welche Politik gegenüber Russland sollten wir verfolgen? etc. unterschiedliche Antworten zu geben, braucht es keine «alternativen Fakten». Bei solch komplexen Fragen gibt es kein Richtig oder Falsch, sondern nur bessere und schlechtere Argumente.

Meines Erachtens kommt man der Wahrheit am nächsten, wenn man erstens akzeptiert, dass niemand sie besitzt, und wenn man zweitens versucht, Interessen auf den Grund zu gehen. Wem nützt das, was da passiert? Warum wird diese Information gerade jetzt verbreitet? Und es gilt noch einen Punkt zu beachten: sich und andere dafür zu sensibilisieren, nicht mit zweierlei Maß zu messen. Ob absichtsvoll oder gedankenlos, ist für die Wirkung unerheblich.

Wie soll es weitergehen? Immer mehr NATO-Soldaten und schweres Militärgerät näher an die Grenzen Russlands rücken, um Moskau ein deutliches Signal zu senden und dem Sicherheitsbedürfnis in Polen und den baltischen Staaten Rechnung zu tragen? Eine Wiederauflage des Kalten Krieges? Was ist mit der Angst von Menschen im Westen und in Russland vor einem heißen Krieg? Will den jemand? Kann der einfach so passieren? Weil Missverständnisse in einer Atmosphäre des Säbelrasselns eine Eigendynamik entwickeln, die sich nicht mehr einfangen lässt? Die «Kriegsgeneration» stirbt langsam aus, und ich habe den Eindruck, das Bewusstsein für die Zerbrechlichkeit von Frieden auch. Deeskalieren, vermitteln, sich in die Lage anderer versetzen, um deren Handeln besser begreifen und die Folgen des eigenen Handelns besser einschätzen zu können – das hat nichts mit Schwäche zu tun, sondern mit politischer Weitsicht, mit menschlicher Größe und mit genau den christlichen Werten, die so viele im Munde führen.

*«Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz.
Wer sie sich zurückwünscht, keinen Verstand.»
(Wladimir Putin)*

Russlands Rückkehr

Die Enthüllungsplattform Wikileaks hat im März 2016 Tausende E-Mails veröffentlicht, die in den Jahren 2010 bis 2014 vom und an den privaten E-Mail-Account von Hillary Clinton gesendet wurden. Um sie in die Hände zu bekommen, waren keine russischen Hackerangriffe vonnöten, es reichte der Freedom of Information Act, der es in den USA erlaubt, Einsicht in Regierungsunterlagen zu erhalten, denn Clinton hatte ihren privaten E-Mail-Account für dienstliche Zwecke verwendet. Unter den geleakten Mails aus dem Postfach der Ex-Außenministerin findet sich auch eine ohne Unterschrift, Absender und Empfänger, die wohl von April oder Mai 2012 stammt.¹ In ihr wird erläutert, warum ein Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad im Interesse der USA sei, und dafür plädiert, die Hilfen für die syrische Opposition auszuweiten. Auf Russland, so heißt es, müsse keine besondere Rücksicht genommen werden: «Einige behaupten, die Einmischung der USA berge das Risiko eines Krieges mit Russland. Aber das Beispiel des Kosovo zeigt das Gegenteil. Damals hatte Russland sogar besondere ethnische und politische Bindungen zu den Serben, die zwischen Russland und Syrien nicht existieren, und sogar damals hat Russland wenig mehr getan, als sich zu beschweren.»²

Wie wir wissen, kam es diesmal anders. Wer auch immer die E-Mail verfasst hat – ob Clinton selbst oder einer ihrer aktiven bzw. ehemaligen Mitarbeiter³ –, sie macht eines deutlich: Die USA nahmen Russland bis vor kurzem weltpolitisch nicht son-

derlich ernst – Barack Obama sprach sogar im März 2014 noch von Russland als einer «Regionalmacht». ⁴ Selbst bei Verletzung vitaler außenpolitischer Interessen – Syrien ist neben dem Iran der einzige Verbündete Moskaus im Nahen Osten, es gab bei Konfliktbeginn dort eine der wenigen russischen Militärbasen außerhalb Russlands (inzwischen ist eine weitere hinzugekommen), es existieren noch aus Sowjetzeiten enge wirtschaftliche und politische Beziehungen – rechnete man mit keinem ernsthaften Widerstand und hielt eine Abstimmung mit Moskau für unnötig.

Als Russland im Syrienkonflikt und in der Ukraine Krise seine eigenen Interessen offensiv vertrat und den Westen auch machtpolitisch herausforderte, herrschte dort eine Mischung aus Fassungslosigkeit und Unverständnis. Russland erschien als schwieriger und unzuverlässiger «Partner», der die ausgestreckte Hand des Westens ausschlug und sich nicht an Regeln hielt. Wenn es jetzt zur Konfrontation gekommen war, so die vorherrschende Meinung in Politik und Medien, dann lag das allein an Russland, das seit längerer Zeit versuche, seine Einflusssphäre aggressiv auszudehnen.

Doch war der Westen wirklich so unschuldig, wie er sich darstellte? War die russische Reaktion wirklich so unvorhersehbar? Stimmt es überhaupt, dass Russland seinen Einflussbereich schon seit langem aggressiv auszudehnen versucht? Und wer war in den Jahrzehnten seit dem Ende des Kalten Krieges der schwierigere Partner? Russland für den Westen oder der Westen für Russland?

Verspieltes Vertrauen

Es sind manchmal die kleinen Dinge, die im Gedächtnis bleiben, weil sie auf einfache Weise die großen auf den Punkt bringen. «Ihr Deutschen hattet Mitleid mit uns Russen, als es uns schlecht ging, Ihr habt uns geholfen, grandios, wirklich, aber jetzt, wo wir wieder auf die Beine kommen, da werden wir Euch suspekt, und

14 Russlands Rückkehr

Ihr geht auf Distanz.» Diese Aussage eines Russen mir gegenüber bezog sich einerseits auf die Zeiten Anfang der 1990er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die Versorgungslage in Russland immer katastrophaler wurde und sich in großem Stil Hilfskonvois aus Deutschland in Bewegung setzten, um an Ort und Stelle zu helfen. Abendfüllende Fernsehsendungen wurden in den Dienst von Spendenaktionen gestellt, wie wir sie heute für Opfer von Naturkatastrophen oder im Kampf gegen Hungersnöte kennen, und die Bürger Deutschlands engagierten sich großzügig für Russland.

Zu Zeiten des Kalten Krieges war die Sowjetunion für den Westen gleichermaßen bedrohlich wie rätselhaft gewesen, bis Gorbatschows Perestroika-Politik im wahrsten Sinne des Wortes alle Mauern einriss und sein Glasnost-Programm⁵ für Offenheit und Transparenz sorgte. Vor allem Deutschland wurde von einer Gorbimanie-Welle ergriffen, die ausländische Beobachter gelegentlich als «geistigen Ausnahmezustand» bezeichneten. Weltweit war Erleichterung zu spüren. Hoffnung auf friedliche Zeiten und gute Zusammenarbeit zwischen bisherigen Gegnern bestimmte das politische und mediale Klima. Und so war es nur folgerichtig, dass man dem zusammengebrochenen Koloss Sowjetunion bzw. später Russland half. Schließlich orientierten sich die Russen jetzt mental «nach Westen», und das verdiente Unterstützung.

Wenn man sich die Entwicklung der letzten 25 Jahre vor Augen führt, wird aber andererseits klar, was dieser Russe mit seiner Aussage auch gemeint hat: Als Russland ins Chaos stürzte, war die Hilfsbereitschaft groß, an einer Partnerschaft auf Augenhöhe aber war dem Westen nicht gelegen. So war zwar viel von Wirtschaftshilfe die Rede, weniger aber von wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Das Schlagwort, das immer wieder für gebremstes wirtschaftliches Engagement in Russland erhalten musste, lautete: «fehlende Rahmenbedingungen». Das Einreißen alter Strukturen ging dem Westen nicht schnell genug. Das Aufbauen neuer erst recht nicht.

War das Ziel damals, Russland zu helfen, oder doch eher, die eigenen Märkte abzusichern und zusätzliche Marktanteile zu gewinnen? Der russische Markt wurde jedenfalls von Westprodukten überschwemmt, während die Käufer die heimischen Produkte als «minderwertig» verschmähten. «Das führte zu so absurden Erscheinungen, dass in den Lebensmittelläden Joghurt aus Deutschland, Butter aus Neuseeland, Cornflakes aus Amerika und vieles mehr angeboten und trotz hoher Preise verkauft wurde, während russische Lebensmittel, die qualitativ nicht schlechter und billiger waren, aus dem Sortiment verschwanden.»⁶ Russland öffnete seinen Markt gegenüber Westprodukten und erhob keine Schutzzölle, während dies umgekehrt nicht galt. Viele Russen nahmen es damals so wahr, dass der Westen sie auf dem bereits aufgeteilten Weltmarkt schlicht nicht haben wollte. Die Hilfsprogramme für Russland waren in ihrer Höhe bemerkenswert. Vieles davon floss jedoch wieder in den Westen zurück, um alte Kredite abzulösen, aber mehr noch, um importierte Westwaren zu bezahlen. Damals ist viel Vertrauen verspielt worden.⁷

Moskau wurde aus westlichen Hauptstädten und von Einrichtungen wie dem IWF, dem Internationalen Währungsfonds, mit detaillierten Vorschriften überschüttet, die zwingend zu befolgen waren, andernfalls gab es weder Zusammenarbeit noch Kredite. Man hätte wissen können, dass diese Hauruckpolitik ein erhebliches Destabilisierungspotential in sich barg. Wie der inzwischen leider verstorbene Altbundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 2000 zu Recht bemerkte, war die Politik des IWF für die wirtschaftliche Krise Russlands in den 1990er Jahren mit verantwortlich.⁸

Der Zusammenbruch unter Jelzin

Unter Präsident Jelzin (1991–1999) brach die staatliche Autorität zusammen, und die Mehrheit der Russen musste ums tägliche Überleben kämpfen, während sich einige wenige hemmungs-

16 Russlands Rückkehr

los bereicherten – die Geburtsstunde der «Oligarchen». Bis Mitte der 1990er Jahre halbierte sich das russische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 1989.⁹ Um diese schlichte Aussage in ihrer Dramatik wenigstens ansatzweise zu begreifen, bietet sich ein Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre an, die zu Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Not und Elend führte. Damals schrumpfte die Wirtschaft in den USA, dem am stärksten betroffenen Industrieland, «nur» um 30 – nicht um fast 50 – Prozent.

Nach außen fiel Russland als Machtfaktor praktisch aus, was Jelzins Popularität im Westen vermutlich nicht geschadet hat. Das russische Außenministerium agierte in den Worten des britischen Historikers und Essayisten Perry Anderson damals wenig anders als ein amerikanisches Konsulat.¹⁰ Das traf für die ersten Jelzin-Jahre durchaus zu, als Russland sich vorbehaltlos nach Westen orientierte und eine Einbindung in die europäisch-transatlantischen Strukturen anstrebte. Spätestens als die USA 1993 Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Polen in ihrem Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft unterstützten und sich gleichzeitig dem russischen Wunsch nach einer Einbindung in die NATO und einem Bündnisvertrag mit Washington verweigerten, war die «romantische Phase» in den Beziehungen zum Westen aber vorbei. Denn jetzt zeigte sich, dass es nicht zu einer neuen Sicherheitsarchitektur für Europa, etwa im Rahmen der OSZE, kommen würde. Im Dezember 1994 warnte Jelzin vor einem «kalten Frieden», sollte die NATO sich Richtung Osten erweitern, was jedoch nichts bewirkte. Auch die antiserbische Haltung des Westens bei der Auflösung Jugoslawiens und im Bosnienkonflikt trug zur Verhärtung der Beziehungen bei, und Jelzin bemühte sich nun darum, den russischen Einfluss in den benachbarten, gerade erst unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken wieder zu stärken. In Russland entstand der Eindruck, der Westen drücke Moskau in die Rolle eines Juniorpartners und degradiere Jelzin zu einem Bittsteller anstatt ihn wie einen Partner zu behandeln.¹¹

Es lohnt sich, einmal zusammenzutragen, was Russland rein faktisch – nicht gefühlt – mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion zu Beginn der Präsidentschaft Jelzins abhandengekommen ist. Mehr als fünf Millionen Quadratkilometer des Territoriums sind verloren gegangen, eine Fläche eineinhalb Mal so groß wie Indien, wobei nicht die gigantische Zahl das Entscheidende ist, sondern die Tatsache, dass es sich um die kultiviertesten und am höchsten entwickelten Gebiete (im Westen) und die bevölkerungsreichsten (in Zentralasien) handelte. Russland war damit territorial so «klein», wie es zuletzt im 17. Jahrhundert gewesen war.¹² In der Russländischen Föderation lebten nur noch halb so viele Menschen wie in der Sowjetunion. Geopolitisch und strategisch hat Russland viel eingebüßt, zum Beispiel große Teile der Schwarzmeerküste und mit Ausnahme von Sankt Petersburg und Kaliningrad den Zugang zur Ostsee. Von den zwanzig größten Hafenstädten der Sowjetunion verblieben nur drei bei Russland.¹³ Nicht unwesentlich ist die Tatsache, dass Russland sozusagen in die nordöstliche Ecke Europas «verschoben» wurde, also in Richtung Eurasien, wo die Infrastruktur schlechter und die Lebensbedingungen härter sind. Diverse direkte Landwege über eigenes Territorium nach Westeuropa stehen nicht mehr zur Verfügung, dazu gehören Straßen- und Eisenbahnverbindungen, aber auch Pipelines. Plötzlich fanden sich zudem etwa 25 Millionen Russen als Minderheiten in fremden Staaten wieder, in denen sie vorher heimisch waren.¹⁴

Überhaupt nicht im westlichen Blick ist die Tatsache, dass Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion an zahlreichen Stellen zu ehemaligen Unionsrepubliken keine «eingerrichteten», fest gezogenen Grenzen hatte und bis in die Gegenwart nicht hat. Zum Teil dauern die Grenzstreitigkeiten heute noch an, so gibt es zum Beispiel zwischen Estland und Russland ungeklärte Grenzziehungen, auch wenn hier inzwischen möglicherweise eine Lösung in Sicht ist.¹⁵ Eine Grenzinfrastuktur fehlt in weiten Teilen gänzlich. Das ist insbesondere im Süden Russlands von Belang, wo sich islamistische Fundamentalisten in ehemals

18 Russlands Rückkehr

sowjetischen Republiken Mittelasiens ausbreiten. Die Auswirkungen der beschleunigten Desintegration zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sind auch nicht zu unterschätzen. Teilweise sind die bilateralen Kontakte auf ein Minimum zurückgegangen. Unter Jelzin kam es zudem in den 1990er Jahren zu einer gewaltigen Abwanderung von Fachkräften aus Russland. Die Zahl der Wissenschaftler hat sich in dieser Zeit um ein Drittel reduziert, 25 Prozent der Auswanderer waren Leute mit Hochschulabschluss, davon stammten 41 Prozent aus Moskau und Sankt Petersburg.¹⁶

Die Amtszeit Jelzins zeichnete sich darüber hinaus durch ein erstaunliches Phänomen aus. Er hat reihenweise Zeitungen verboten und zur Aushöhlung der unter Gorbatschow praktizierten Pressefreiheit beigetragen. Er hat Korruption seiner «Familie» in ungeahntem Ausmaß geduldet. Er hat im Oktober 1993 das Weiße Haus, das Parlamentsgebäude, in dem sich Abgeordnete verschanzt hatten, von Panzern zusammenschießen lassen. Hintergrund war ein Verfassungskonflikt: Das russische Parlament wollte Jelzin seines Amtes entheben, dieser erklärte es daraufhin für aufgelöst und setzte Neuwahlen an, was verfassungswidrig war. Und schließlich, nicht zu vergessen: Jelzin hat im Dezember 1994 den ersten Tschetschenienkrieg begonnen und damit einen Konflikt losgetreten, dem allein in den ersten zwei Jahren mehr als 80 000 Menschen zum Opfer gefallen sind, von den Zerstörungen und den bis heute andauernden Folgen gar nicht zu reden.¹⁷ Dennoch wurde Jelzin nahezu bis zum Schluss im westlichen Ausland als *die* Galionsfigur für die Demokratisierung und Liberalisierung Russlands gefeiert. Ein Widerspruch, der in weiten Teilen der russischen Bevölkerung irritiert zur Kenntnis genommen wurde.

Mitte 1996 stellte sich Jelzin als Präsident zur Wiederwahl. Seine Popularitätswerte ließen für seine verbliebenen Anhänger Schlimmes befürchten. Noch im Februar 1996 hatten ihn Umfragen bei gerade einmal acht Prozent gesehen. Verwunderlich war das aus den geschilderten Gründen nicht. Es brauchte also

eine aufwendige, von den «Oligarchen» großzügig unterstützte Kampagne, die verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 700 Millionen und zwei Milliarden US-Dollar gekostet haben soll, wobei das russische Wahlgesetz umgerechnet lediglich ungefähr drei Millionen US-Dollar pro Kandidat erlaubte.¹⁸ US-Berater, unter ihnen ein ehemaliger Wahlhelfer Bill Clintons, sorgten für einen «professionellen» Wahlkampf, zu dem auch systematisches «negative campaigning» gegen den wichtigsten Gegenkandidaten, den Kommunisten Gennadij Sjuganow, gehörte.¹⁹ Doch damit nicht genug. Die USA drängten den IWF, Russland einen Kredit in Höhe von 10,2 Milliarden US-Dollar zu gewähren, damit Jelzin rechtzeitig vor der Wahl ausstehende Löhne und Renten zahlen konnte.²⁰ Seine verheerende innenpolitische Bilanz – wirtschaftlicher Niedergang, Korruption, Waffeneinsatz gegen das eigene Parlament, Unterdrückung der freien Presse und der Krieg in Tschetschenien – spielte dabei offenbar keine Rolle.

Der neue Mann

Im August 1998, zwei Jahre nach Jelzins Wiederwahl, kam es schließlich zum Staatsbankrott. Russland musste die Bedienung seiner Auslandsschulden einstellen. Der Rubel war nichts mehr wert. Die Bevölkerung verlor über Nacht den Großteil jener Ersparnisse, die ihnen nach der galoppierenden Inflation der Vorjahre noch geblieben waren. Und dann inthronisierte Jelzin, ein alter kranker Mann, Ende Dezember 1999 seinen jungen tatkräftigen Nachfolger Wladimir Putin, der bereits seit August 1999 als Ministerpräsident amtierte und es sich zur Aufgabe gemacht hatte, «sein» Land wieder auf die Beine zu bringen. Nach all den Demütigungen wollte er den Menschen wieder Selbstvertrauen geben. Eine Mischung aus Politik, Psychologie («wir sind wieder wer») und Glück (steigende Rohstoffpreise beflügelten die Wirtschaft und ermöglichten es Russland, vorfristig alle Auslands-

20 Russlands Rückkehr

schulden zu begleichen) mobilisierte ungeahnte Kräfte und führte Russland weit weg von dem Abgrund, in den es nach Ansicht vieler politischer Beobachter längst hätte fallen müssen.

Der Westen war irritiert. Statt mit einem Bittsteller namens Jelzin hatte man es plötzlich mit einem politischen Führer zu tun, der eigene Vorstellungen über die Geschwindigkeit von gesellschaftlicher Transformation hatte («Demokratie entsteht nicht über Nacht»), der als Gleicher unter Gleichen behandelt werden wollte, der zu allem Überfluss auch noch aus dem Geheimdienst kam und meinte, dem Westen Angebote zur Zusammenarbeit machen zu können.

Außenpolitisch war der junge russische Präsident ohne Wenn und Aber westlich orientiert.²¹ Wladimir Putin hat in seiner ersten Amtszeit (2000–2004) entsprechende Signale in Serie gesandt. 2001, bei seinem Staatsbesuch in Deutschland, brachte er eine Freihandelszone von Wladiwostok bis Lissabon ins Gespräch und signalisierte die Bereitschaft, über einen russischen NATO-Beitritt zu sprechen.²² Noch 2008, am 5. Juni in seiner «Berliner Rede», schlug Präsident Medwedew eine «paneuropäische Sicherheitsarchitektur» vor,²³ und 2010 erneuerte Putin in einem Gastbeitrag in der «Süddeutschen Zeitung» seinen Vorschlag einer engen Wirtschaftskooperation zwischen Russland und EU.²⁴ Die Liste der russischen Initiativen ließe sich noch verlängern, doch auf eine substantielle Reaktion jenseits höflicher Floskeln wartete man in Moskau vergeblich.

Zwar waren Deutschland und Frankreich durchaus an einer engeren Kooperation interessiert, aber in den osteuropäischen Staaten und in den USA sah man das anders. In Washington hatte man sich abgewöhnt, Russland ernst zu nehmen, und vom Vertrauen aus Perestrojka-Zeiten, wenn es denn je wirklich existiert hat, war nichts mehr zu spüren. Es wurde viel zu wenig beachtet, dass sich in Putins Anfangsjahren – als kriminelle Strukturen fast das einzig Verlässliche in Russland waren – innerhalb der politischen Führung ein Richtungsstreit abspielte. Die Orientierung nach Westen war alles andere als selbstverständlich.

Der junge russische Präsident, gerade erst im Amt, hat dafür kämpfen müssen.²⁵ Doch statt die Gelegenheit beherzt zu ergreifen, ließ man ihn gleichsam am ausgestreckten Arm verhungern. Die Chance wurde vertan.

In der Rede, die Wladimir Putin am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag – auf Deutsch – gehalten hat, war die Enttäuschung bereits deutlich zu spüren: «Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen.» Es sei noch einmal daran erinnert: Der russische Präsident – das erste Staatsoberhaupt seines Landes, dem die Ehre zuteilwurde, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen – erhielt für seine Rede stehende Ovationen, obwohl oder vielleicht gerade weil er Dinge deutlich beim Namen genannt hat. Zum Beispiel den Widerspruch, dass einerseits – damals wie heute – betont wird, wie sehr die Weltgemeinschaft darauf angewiesen sei, dass sich Russland international an Problemlösungen beteiligt, andererseits aber immer wieder an Russland vorbei Entscheidungen getroffen werden und man wie selbstverständlich erwartet, dass Moskau sie ohne weitere Diskussion abnickt.²⁶

Wäre Russland als politischer Akteur ernst genommen worden, dann hätte es zum Beispiel keine Bombardierung Serbiens durch die NATO geben dürfen. Aber anders als heute «beschwerte» sich Russland damals eben nur. Also setzte sich die NATO über alle Einwände hinweg und beschloss Luftangriffe auf Belgrad (März 1999), um eine «humanitäre Katastrophe» im Kosovo zu verhindern. Der UN-Sicherheitsrat wurde übergangen, worüber sich in der westlichen Welt kaum jemand aufregte.²⁷ Keine gute Erfahrung für jemanden, von dem umgekehrt erwartet wird, sich an genau die westlichen Regeln zu halten, die in diesem Fall gebrochen wurden. Die USA sollten «nicht für eine Minute, nicht für eine Sekunde» vergessen, dass Russland über Nuklearwaffen verfüge, drohte Jelzin, als er von den NATO-Bombardements in Serbien erfuhr. Doch war dies, wie der Russlandhistoriker Dietmar Neutatz schreibt, weniger ein «Zeichen

22 Russlands Rückkehr

der Stärke» als vielmehr «Ausdruck der Hilflosigkeit» gegenüber der Politik des Westens.²⁸

Etwa zeitgleich – auch im März 1999 – waren Polen, Tschechien und Ungarn, einst im Warschauer Vertrag mit der Sowjetunion verbündet, der NATO beigetreten. Weitere Staaten des ehemaligen Ostblocks bzw. der Sowjetunion, darunter die baltischen Republiken, sollten 2004 folgen. Russland protestierte, mal lauter, mal leiser, und versuchte, die Erweiterung zu verhindern. Aber letztlich blieben alle Bemühungen erfolglos. Moskau nahm die von der NATO unterbreiteten Kompensationsangebote an, die für eine engere Zusammenarbeit sorgen sollten (NATO-Russland-Rat), musste aber die Erfahrung machen, dass es sich eher um Kosmetik als um Substanz handelte. Denn Russland wurde weder an Entscheidungsfindungen beteiligt, noch fanden russische Interessen Gehör. Schlimmer noch: Als der NATO-Russland-Rat wirklich gebraucht worden wäre, während der Ukrainekrise 2014/15, wurde er nicht einmal einberufen.

1998, als die erste Welle der NATO-Osterweiterung durch den US-Senat ratifiziert worden war, hatte der damals 94-jährige George Kennan, der Architekt der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg, gewarnt, dies sei der Beginn eines neuen kalten Krieges. «Ich denke, das ist ein tragischer Fehler. Es gab überhaupt keinen Grund dafür. Niemand bedrohte irgendjemanden. ... Natürlich wird es darauf zukünftig eine böse Reaktion durch Russland geben, und dann werden [die NATO-Erweiterer, GKS] sagen: So sind die Russen, wir haben es euch immer gesagt – aber das ist komplett falsch.»²⁹

Gemeinsamer Kampf gegen den Terror

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 bot Putin dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush dennoch eine enge Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus an – auch weil er

sich davon mehr Verständnis für die Schwierigkeiten erhoffte, die Russland seit geraumer Zeit mit islamistischen Terroristen aus Tschetschenien hatte. Ein Problem, das durch die Politik Präsident Jelzins zu keinem geringen Teil erst geschaffen worden war. Aber Russland ist nicht die einzige Großmacht, die ihre schlimmsten Feinde immer wieder selbst hervorbringt. Während der erste Tschetschenienkrieg 1994 unter Jelzin noch dazu diente, Selbständigkeitsbestrebungen zu unterdrücken, waren die Hintergründe beim zweiten Tschetschenienkrieg, der zwar ebenfalls noch unter Jelzin begonnen, aber im Grunde von Putin geführt wurde, schon komplizierter. Nach dem ersten Tschetschenienkrieg war der Anfang 1997 gewählte tschetschenische Präsident Maschadow nicht in der Lage gewesen, die zahlreichen bewaffneten islamistischen Banden in seinem Land zu kontrollieren, die infolgedessen die Macht unter sich aufteilten. Zudem wurde die Scharia eingeführt, so dass die «Tschetschenische Republik Itschkerija» nach strengsten islamischen Regeln funktionierte. Die russische Minderheit im Land wurde drangsaliert, und immer wieder kam es zu Raubzügen in die benachbarten russischen Kaukasusrepubliken. Anfang August 1999 überfielen tschetschenische Dschihadisten die russische Nachbarrepublik Dagestan, um auch dort einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Daraufhin griff die russische Armee ein und vertrieb die tschetschenischen Kämpfer aus Dagestan. Der angesehene und grundsätzlich regierungskritische russische Menschenrechtler Sergej Kowaljow kommentierte den Einsatz in Dagestan so: «Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat die russische Armee eine echte Befreiungsaktion durchgeführt.»³⁰

Im September 1999 wurde Russland zusätzlich durch eine Reihe von Anschlägen auf Wohnhäuser mit über 200 Toten erschüttert, bei denen es sich nach dem offiziellen Untersuchungsergebnis um Racheakte für das Eingreifen in Dagestan handelte. Da sich Präsident Maschadow Moskaus Forderung verweigerte, gemeinsam gegen die Islamisten vorzugehen, marschierte die russische Armee am 1. Oktober 1999 erneut in Tschetschenien

24 Russlands Rückkehr

ein, wo sie mit großer Brutalität agierte, um das Land unter Kontrolle zu bekommen.³¹ Im internationalen Dschihad spielten tschetschenische Kämpfer damals eine wichtige Rolle, und sie tun dies bis heute. Ob westliche Medien und Politik den Krieg in Tschetschenien als Antiterrorkampf eingestuft hätten, wenn es nicht Russland gewesen wäre? Weil er Putins Popularitätswerte in die Höhe schnellen ließ und ihm dabei half, seine erste Präsidentschaftswahl im März 2000 zu gewinnen, wurde stattdessen spekuliert, der Kreml habe den Krieg vom Zaun gebrochen, um Putin an die Macht zu bringen. Einige gingen sogar so weit zu behaupten, die Anschläge auf die Wohnhäuser seien vom russischen Geheimdienst FSB verübt worden, um einen Vorwand für das Eingreifen in Tschetschenien zu schaffen – eine Denkfigur, die den Verschwörungstheorien zu den Anschlägen vom 11. September 2001 ähnelt, in denen behauptet wird, die CIA habe diese verübt, um einen Vorwand für das Eingreifen in Afghanistan und im Irak zu haben.³²

Putin nahm in der Folge diverse westliche Aktivitäten im «Krieg gegen den Terror» hin, die – wie man heute weiß und damals wissen konnte – ganze Regionen destabilisierten. Dazu gehörten der Einmarsch in Afghanistan 2001, den Russland sogar unterstützte, und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak 2003, für dessen Rechtfertigung gefälschte Beweise über angebliche Massenvernichtungswaffen herhalten mussten. Auch die systematische Eskalation in den Beziehungen zwischen dem Westen und dem Iran hat Russland relativ ruhig begleitet, obwohl der Iran seit dem Sturz des Schahs gute Beziehungen zu Moskau unterhält.

Wie sehr Russland in Afghanistan kooperierte, gerät heute gerne in Vergessenheit, bzw. es scheint als selbstverständlich hingenommen zu werden. Um den Taliban die Herrschaft zu entreißen, verließen sich die USA stark auf die Bodentruppen der sogenannten afghanischen Nordallianz. Diese wurde schon seit Mitte der 1990er Jahre von Russland unterstützt. Im Herbst 2001, nach den Anschlägen von 9/11 und vor der Offensive, er-

hielt die Nordallianz weitere Waffenlieferungen aus Russland.³³ Zudem sollen russische Militärberater ebenso wie amerikanische Special Forces die Nordallianz bei ihrem Vormarsch verstärkt haben – die USA gaben vor allem Luftunterstützung und setzten eigene Bodentruppen nur in geringem Ausmaß ein.³⁴ Russland hatte selbst Interesse am Sturz der Taliban, da Afghanistan unter ihrer Herrschaft im Januar 2000 diplomatische Beziehungen zu den Tschetschenen aufgenommen und ihnen alle nur mögliche Unterstützung im Kampf gegen Russland zugesagt hatte. Moskau warf den Taliban außerdem vor, tschetschenische Kämpfer in Afghanistan auszubilden.³⁵ Zudem waren die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken, vor allem Tadschikistan und Kirgistan, wiederholt Angriffsziele islamistischer Terroristen, und somit wurde auch die russische Südflanke durch den islamistischen Terror bedroht. Außerdem befürchtete Moskau durch das Beispiel Afghanistans auch eine Radikalisierung russischer Muslime.

Für den Krieg in Afghanistan brauchten die westlichen Streitkräfte Militärbasen in den Nachbarländern. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, welche Schwierigkeiten damit verbunden waren. Die Nachbarn Afghanistans sind Pakistan, Iran, an einem kleinen Zipfelchen auch China und die ehemaligen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan. Ohne russische Unterstützung wäre nur Pakistan übrig geblieben, mit der großen Gefahr einer weiteren Stärkung antiwestlicher Stimmungen in der pakistanischen Bevölkerung, in der die Taliban ohnehin bereits über großen Rückhalt verfügten. Es sei daran erinnert, dass auch Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden Pakistan als Rückzugsraum nutzte. Vor diesem Hintergrund akzeptierte Russland 2001, dass die USA Militärbasen in den ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan und Kirgistan einrichteten. Auch die Bundeswehr nutzte einen Stützpunkt in Usbekistan für ihren Afghanistaneinsatz. Diese Militärpräsenz der NATO in Zentralasien, unmittelbar an der eigenen Südgrenze, war in Russland nicht unumstritten, und selbstverständlich war sie schon gar nicht.³⁶

Mit der Zeit wurden denn auch die kritischen Stimmen lauter. 2005 verlangten die Staaten der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit – Russland, China, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Kasachstan –, die Amerikaner und die NATO sollten eine Frist für den Abzug ihres Militärs nennen und Auskunft darüber geben, wann sie die Nutzung militärischer Infrastruktur in Zentralasien beenden wollten.³⁷ Tatsächlich war die Bundeswehr im usbekischen Termez von 2002 bis 2015 präsent,³⁸ die USA in Usbekistan von 2001 bis 2005 und in Kirgistan von 2001 bis 2014 – im Vorfeld hatte Russland die kirgisische Regierung über etliche Jahre gedrängt, endlich für einen Schlussstrich zu sorgen.³⁹ Heute nutzen die USA, nachdem das Gros der westlichen Truppen aus Afghanistan abgezogen wurde, vor allem einen Stützpunkt in Rumänien als Nachschubbasis für Afghanistan.⁴⁰

Aber auch nach 2005 gab es auf russischer Seite noch die Bereitschaft zur Kooperation. 2008 gerieten die NATO-Truppen in Afghanistan insofern in eine schwierige Lage, als es mit dem Nachschub über Pakistan zunehmend Probleme gab. Es häuften sich Angriffe der Taliban auf Konvois noch auf pakistanischer Seite.⁴¹ Obwohl die Beziehungen zwischen Moskau und Washington sich zu diesem Zeitpunkt schon deutlich eingetrübt hatten, erlaubte Russland der NATO, russisches Territorium für den Landtransit von «nicht tödlichen Gütern», also Transportfahrzeugen, Lebensmitteln, Treibstoff etc., zu nutzen.⁴²

Im März 2012 gestattete der damalige Präsident Medwedew dann auch den Lufttransit. Als Logistikzentrum war dabei der Flughafen Uljanowsk-Wostotschny vorgesehen. Ein NATO-Stützpunkt ausgerechnet in der Geburtsstadt Lenins – daraufhin warfen die Kommunisten dem Kreml «Staatsverrat» vor. Putin, inzwischen erneut Präsident, erklärte am 1. August 2012, als das Logistikzentrum der NATO eröffnet wurde: Es sei im nationalen Interesse Russlands, der NATO bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in Afghanistan zu helfen.⁴³ Die USA und die NATO waren zu diesem Zeitpunkt dringend auf Routen für den

geplanten Abzug aus Afghanistan angewiesen, da Pakistan sein Territorium nach einem amerikanischen Angriff auf einen pakistanischen Grenzposten Ende November 2011 eine Zeit lang für den Transit komplett geschlossen hatte. Die Route über den Flughafen Uljanowsk-Wostotschny wurde dennoch für den Abzug wenig genutzt, angeblich weil Russland relativ hohe Transitgebühren verlangt habe und zentralasiatische Republiken von daher günstiger gewesen seien. Außerdem habe es bei der NATO auch politische Bedenken gegen diese Route gegeben.⁴⁴ Im Mai 2015 hat Moskau die Zusammenarbeit dann eingestellt.⁴⁵

Auch als der UN-Sicherheitsrat 2011 eine Flugverbotszone für Libyen beschloss, legte Russland kein Veto ein, wie man vielleicht hätte erwarten können, sondern hat, ebenso wie China, die Resolution durch Stimmenthaltung passieren lassen – auch die Bundesrepublik enthielt sich, was dem damaligen Außenminister Guido Westerwelle heftige Kritik einbrachte. Die Flugverbotszone sollte zum Schutz der Zivilbevölkerung eingerichtet werden, die unter katastrophalen Bedingungen in der Stadt Benghasi von libyschen Regierungstruppen eingekesselt war. Doch Frankreich, Großbritannien und die USA erweiterten das Mandat des UN-Sicherheitsrates eigenmächtig und agierten quasi als Luftwaffe der libyschen Rebellen. Es ging nicht mehr um den Schutz der Zivilbevölkerung, sondern mehr oder weniger offen um Regimechange. Das Ergebnis ist bekannt. Ghaddafi wurde aufgespürt und beseitigt. Seither haben in Libyen diverse Milizen das Sagen, zwei Regierungen kämpfen um die Vorherrschaft, und von Staatlichkeit geschweige denn Demokratisierung kann keine Rede sein. Ob es der Zivilbevölkerung unter den neuen Umständen tatsächlich besser geht, wäre eine berechtigte Frage, die aber kaum einmal gestellt wird. Dieser Erfahrungshintergrund ist für das Verständnis der russischen Position im Syrienkonflikt jedenfalls von großer Bedeutung.⁴⁶

Aus dieser Perspektive wird die Geschichte bei uns jedoch selten erzählt. Stattdessen wird darauf verwiesen, wie sehr der Westen Russland unterstützt habe und welche vielfältigen Angebote

unterbreitet worden seien. Und das ist nicht einmal falsch, auch wenn die meisten von ihnen in die Ära Jelzin fallen. 1992 wurde Russland in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank aufgenommen. 1996 folgte der Europarat, 1998 wurde Russland Mitglied der G8, aus der man es im Zuge der Ukraine-Krise wieder ausschloss. 1999 war Moskau Gründungsmitglied der G20, und 2012 wurde es in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen. Geschichte ist nie nur schwarz und weiß, es gibt immer zahlreiche Grautöne und unterschiedliche Perspektiven, unter denen sie betrachtet werden kann. Wer sie verstehen will, tut allerdings gut daran, sich nicht bloß auf einen Blickwinkel zu beschränken.

Bei uns besteht derzeit die Neigung, nur einen Teil der Geschichte zu erzählen und die Elemente wegzulassen, die nicht in das Bild vom friedlichen Westen und vom aggressiven Russland passen. Wer aber die eigenen Handlungen unerwähnt lässt und nur die Reaktionen Russlands benennt, der verwischt Ursache und Wirkung und verfehlt den bereits erwähnten Erfahrungshintergrund, vor dem die russische Politik handelt. Wenn daher in diesem Buch die Aktionen des Westens im Vordergrund stehen, dann nicht deswegen, weil Russland lediglich das wehrlose Opfer westlicher Aktionen wäre und eine komplett reine Weste hätte, sondern weil der andere Erzählstrang bei uns viel zu oft überhaupt keine Berücksichtigung findet.

[...]

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de